

Ausstellungseröffnung 15. September 2019 Grußwort Georg Habs

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Inge Naumann-Götting, liebe Mitglieder der Arbeitsgruppe Geschichte und
Erinnerung, liebes Ausstellungsteam,

mein Name ist Georg Habs. Ich bin Mitglied im Vorstand des Aktiven Museums
Spiegelgasse und Sprecher der Ausstellungsgruppe.

Ich begrüße Sie alle recht herzlich.

Das Aktive Museum Spiegelgasse erinnert Jahr für Jahr daran, dass am 1. September
1942 die letzte große Deportation Wiesbadener Jüdinnen und Juden stattfand.

Am 29. August 1942 mussten sich circa 370 zumeist ältere jüdische Bürgerinnen und
Bürger im Synagogengebäude in der Friedrichstraße einfinden.
Sie durften lediglich einen kleinen Koffer oder einen Rucksack mit dem Nötigsten sowie 50
Reichsmark mit sich führen. Alles sonstige Vermögen hatte man ihnen entzogen. Nach
einer schier unerträglichen Wartezeit von fast drei Tagen wurden die verzweifelten
Menschen am 1. September 1942 unter Polizeibewachung zum Schlachthof geführt.
Kranke, Behinderte und Gebrechliche wurden mit Lastkraftwagen dorthin transportiert.
Sodann ging es mit dem Zug über Frankfurt nach Theresienstadt.
Hier fielen die Deportierten meist Krankheiten, Seuchen oder dem Hunger zum Opfer,
wenn sie nicht in die riesigen NS-Mordstätten im Osten verschleppt und dort umgebracht
wurden.

Das Mahnmal für die ermordeten Wiesbadener Jüdinnen und Juden am Michelsberg
erinnert namentlich an 1.507 Personen – jede von ein hoffender und fühlender Mensch, der
mitleidlos seines Lebens beraubt wurde.

Die hier nochmals genannten Zahlenangaben sind unverzichtbar, um die Quantität des in
deutschen Namen begangenen Unrechts zu verdeutlichen.

Doch Zahlen kann man nicht betrauern.

Betrauern kann man nur Individuen und deshalb führt die Ausstellung, die wir hier und
heute eröffnen, mitten hinein ins Leben und Leiden von elf Jugendlichen, ihren Familien
und von zwei Lehrkräften.

Ich habe hier im Übrigen ganz bewusst nicht die Bezeichnung jüdische Mit-Bürgerinnen
und Mit-Bürger genutzt und es sorgsam vermieden, Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes
zu zitieren, in dem es unter anderem heißt: „Niemand darf wegen seiner Rasse
benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Warum?

Erstens: Es gibt keine Rassen. Jeder Mensch ist Mensch. Die Aufteilung der Menschheit in
Rassen ist schlicht und einfach Ausdruck brutaler Vorurteile.

Zweitens: Die Bezeichnung Mit-Bürgerinnen und Mit-Bürger enthält eine unbedachte
Zurücksetzung.

Wenn ich von beispielsweise von Mit-Verantwortlichen spreche, dann charakterisiere ich damit Personen, die nicht ebenso im Zentrum der Verantwortung stehen, wie andere – Personen, die eher am Rande an etwas mitgewirkt haben.

Doch die Wiesbadener Jüdinnen und Juden waren und sind keine randständigen Bürgerinnen und Bürger, sie waren und sind keine Menschen zweiter Klasse und es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass niemand sie dazu herabwürdigen kann.

Bevor ich Ihnen nun einige persönliche Gedanken zu unserer Ausstellung nahe bringe, ist es mir wichtig, Ihnen Inge Naumann-Götting vom AMS-Arbeitsbereich Geschichte und Erinnerung anzukündigen, die direkt nach mir spricht.

Sie wird Ihnen im Einzelnen erläutern, was es mit dieser Ausstellung auf sich hat.

Meine Damen und Herren,
diese Ausstellung findet in stürmischen Zeiten statt.

Rechtsradikale feiern erschütternde Wahlerfolge.

Die Grenzen des Sagbaren haben sich weit in Richtung mitleidloser Menschenfeindlichkeit verschoben.

Und: Was immer im Verdacht gerät, solch unsägliche Grenzverschiebungen anzuprangern, läuft seinerseits Gefahr, als unerträgliche Freiheitsberaubung denunziert zu werden.

Dazu eine kleine Alltagsepisode.

Manche von Ihnen wissen, dass ich hauptamtlich im Stadtarchiv arbeite und dort die eine oder andere Ausstellungen betreue.

Die derzeitige Ausstellung des Stadtarchivs trägt den Titel „Zwischen Demokratie und Diktatur – Wiesbaden in der Weimarer Republik.“

Vor wenigen Tagen hatte ich mir ein Taxi ins Stadtarchiv bestellt.

Am Steuer saß ein Fahrer, der mir bei früheren Gelegenheiten des Öfteren davon berichtet hatte, dass sein etwas aufbrausender Sohn wegen Schlägereien immer wieder Ärger mit Polizei und Justiz hatte. Dazu provoziert werde sein Sohn von gleichaltrigen Ausländern. Doch statt diese wegzusperren, schikaniere man seinen Sohn.

Dieser Taxi-Fahrer sprach mich prompt auf das Ausstellungsplakat mit den fett gedruckten Worten „Demokratie“ und „Diktatur“ an.

Er sagte, man solle doch endlich aufhören, diese alten Sachen immer wieder aufzurühren, das seien doch Geschichten von gestern, die mit dem Heute überhaupt nichts zu tun hätten.

Er sei kein Nazi und habe es satt, ständig in die rechte Ecke gestellt zu werden, bloß weil er den deutschen Staat kritisiere, der immer den Fremden glaube und nie seinem Sohn. Dass er sich von einem Plakat zur Weimarer Republik derart angegriffen fühlte, fand ich bezeichnend.

Denn ganz egal, wo er sich selbst politisch verortet, sein Wort- und Gefühlsausbruch ist typisch für eine Haltung, die sich in den letzten Jahren immer lauter Bahn bricht:

Wahre Meinungsfreiheit herrsche erst dann, wenn alles, was einem das ungehemmten Ausagieren von Vorurteilen und Verschwörungstheorien vermiest, endlich abserviert und unterbunden wird.

Das Verhalten meines Taxi-Fahrers ist nicht einfach mir nichts, dir nichts vom Himmel gefallen. Es zeichnet nach, was die AfD Tag für Tag öffentlich vorlebt:

Argumente, belegbare Fakten und Aktionen, die dem kruden Weltbild dieser Rechts-Außen-Partei widersprechen, werden als Verstoß gegen eine vorgebliche Neutralitätspflicht angegriffen.

Mein Taxifahrer stänkert nur, die AfD aber fordert mit dieser Begründung Sanktionen und Mittelkürzungen gegen unbotmäßige Lehrkräfte, Schulen und Kultureinrichtungen.

Tatsächlich aber ist es Aufgabe von Lehrkräften und Schulen, die Werte des Grundgesetzes zu vermitteln.

Tatsächlich ist es das gute Recht von Kultureinrichtungen, Formen der Demokratiegefährdung Paroli zu bieten, wenn ihnen danach ist.

Der Münchener Oberbürgermeister Dieter Reiter und seine Bildungsreferentin Beate Zurek haben jüngst einen Leitfaden herausgegeben, der Menschen, die unverzichtbare Aufklärung in Schulen leisten, den Rücken stärkt und auch noch ein paar nützliche Praxis-Tipps enthält.

Auch in Wiesbaden ist man nicht untätig.

Nach Einschüchterungsversuchen der AfD gegenüber der Martin-Niemöller-Stiftung und dem Kulturzentrum Schlachthof hat sich flugs ein breites Bündnis von Kultureinrichtungen und –initiativen gebildet, um derartigen Angriffen auf die offene Gesellschaft mit kreativer Gegenwehr zu begegnen.

Es heißt „Die Vielen“ – und viele sind es.

Am 17. Oktober veranstaltet die Initiative „Moment Mal!“ im Foyer des Hessischen Staatstheaters eine Veranstaltung mit den Titel „Kultur im Visier der Rechtsradikalen – die offene Gesellschaft wehrt sich“.

Sich in solch vielfältigen Formen bemerkbar zu machen, ist bitter nötig.

Bereits im Januar 2017 hat der zwischenzeitlich in der AfD tonangebende Björn Höcke wortwörtlich gesagt: „Dieses Land braucht einen vollständigen Sieg der AfD.“

In seinem 2018 veröffentlichten Buch „Nie zweimal in denselben Fluss“ findet sich das Zitat: „Die deutsche Unbedingtheit wird der Garant dafür sein, dass wir die Sache gründlich und grundsätzlich anpacken werden. Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen.“

Und weiter schreibt er: „Leider [werden wir] ein paar Volksteile verlieren, die zu schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Orientalisierung und Islamisierung zu widersetzen“. Nötig sei ein „groß angelegtes Remigrationsprojekt“ – im Klartext: massenhafte Vertreibungsmaßnahmen.

Die AfD will den Systembruch.

Dagegen hilft keine Beschwichtigung.

Jedes sich Wegducken führt in die Selbstpreisgabe.

Als Alternative zu solchem „duck and cover“ wird die „wehrhafte Demokratie“ angepriesen. Manche verstehen darunter immer strengere Gesetze, den starken Staat.

Ich sehe das völlig anders.

Demokratie lebt von Gewaltenteilung.

Unsere Gesellschaft besteht nicht nur aus Staatstragendem wie Regierungen und Parlamenten sowie aus einer keinen Weisungen unterworfenen Justiz.

Presse, Gewerkschaften, Verbände, Vereine, die gesamte organisierte und nicht organisierte Zivilgesellschaft sind Teil gelebter Demokratie und können Wesentliches zu Ihrem Erhalt beitragen.

Dazu gehören Augenmaß und Einfallsreichtum.

Dazu gehört, dass man sich ein paar wenige Maximen des Grundgesetzes in Erinnerung ruft und zum Maßstab seines Handelns macht.

Mir selbst erscheinen dabei zwei Artikel des Grundgesetzes besonders wichtig:

Die Achtung und der Schutz der Menschenwürde sowie die Gleichheit vor dem Gesetz.

Mit diesen Grundsätzen sind Hass und Hetze im Internet ebenso wenig vereinbar wie das AfD-Versprechen, alle „Kulturfremden“ und ihre Unterstützer aus der „deutschen Heimat“ zu entfernen.

Tatsache ist: Beim Schutz der Menschenwürde und der Gleichheit vor dem Gesetz klaffen mal größere, mal kleinere Lücken zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit.

Doch wir alle genießen das ungeheure Privileg, nur mit solchen Lücken leben zu müssen.

Gänzlich anderes erlitten jüdische Bürgerinnen und Bürger nach der Preisgabe der Macht an Adolf Hitler und seine Gefolgsleute.

Der Schutz der Menschenwürde und die Gleichheit vor dem Gesetz wurden rückstandsfrei entsorgt.

Die jüdischen Bürgerinnen und Bürger gleich welchen Alters wurden zum Objekt systematischer Verfolgung.

Ich kann mich noch gut an die Debatten erinnern, die wir einst darüber geführt haben, was dazu gehört, Subjekt der eigenen Geschichte zu werden.

In diesen Debatten schwang schon immer ein klein wenig Hybris mit, aber tatsächlich war es uns allen beschieden, aus vorhandenen Freiräumen das Beste für uns selbst, für andere und das soziale Miteinander machen zu können.

Den hoffnungsvollen Personen, um die es hier und heute in dieser Ausstellung geht, hat man erst diese Chance geraubt und am Ende die meisten von ihnen ermordet.

Ich finde das erschütternd.

Vielen Dank!

Liebe Inge, du hast das Wort!